

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung

2. Soziales und politisches Lernen – Versuch einer Abgrenzung

2.1 Ziele und Inhalte sozialen Lernens

2.2 Ziele und Inhalte politischen Lernens

2.3 Abhängigkeit der beiden Lernbereiche voneinander

3. Die Entwicklung der politischen Bildung

3.1 Politische Bildung als Staatsbürgerkunde

3.2 Politische Bildung als Gesellschaftslehre

3.3 Gegenwärtige Tendenz der politischen Bildung

4. Die Notwendigkeit der politischen Bildung

4.1 Sachwissen

4.2 Sozialisationsaufgabe

4.3 Entwicklung politischer Einstellungen

4.4 Interkulturelle Erziehung

4.5 Technischer Fortschritt

5. Prinzipien der politischen Bildung

5.1 Kindorientierung

5.2 Handlungsorientierung

6. Abschließender Gedanke

7. Literaturverzeichnis

1. Einleitung

Die Notwendigkeit der politischen Bildung in der Grundschule – allein dieser Ausdruck läßt viele in ersten Moment stutzen. Aber vor allem die Verbindung von politischer Bildung und Grundschule wirft sofort etliche Fragen auf. „Was genau versteht man unter politischer Bildung?“ und „Ist das in der Grundschule überhaupt schon möglich und notwendig?“

Um die Frage der Notwendigkeit zu klären, ist es daher unerläßlich, zunächst den Begriff der politischen Bildung zu präzisieren. Im ersten Teil meiner Arbeit werde ich also versuchen, diesen Begriff näher einzugrenzen und ihn vor allem von anderen, ähnlich verwendeten Ausdrücken, soweit das möglich ist, abzugrenzen.

Im Anschluß daran werde ich kurz die Entwicklung der politischen Bildung darstellen, und somit einen Einblick in die verschiedenen Richtungen der letzten Jahrzehnte geben, um schließlich die Notwendigkeit und die daraus entwickelten Prinzipien zu begründen.

2. Soziales und politisches Lernen – Versuch einer Abgrenzung

Befaßt man sich mit der politischen Bildung, wird man zunächst mit erheblichen Definitionsschwierigkeiten konfrontiert. Es tauchen eine Vielzahl von Termini auf, wie z.B. „politisches Lernen“, „politische Bildung“, „soziales Lernen“ oder „Sozialerziehung“, die in der Literatur mit verschiedenen Schwerpunkten verwendet werden und häufig nicht genau voneinander abzugrenzen sind. Die Grenze zwischen den beiden übergeordneten Begriffen „sozial“ und „politisch“ ist fließend, und sie lassen sich meist nicht exakt voneinander trennen.

Dennoch ist eine grobe Unterscheidung und Abgrenzung, hinsichtlich der Ziele und Inhalte beider Bereiche, möglich.

2.1 Ziele und Inhalte sozialen Lernens

Der vorrangige Inhalt des sozialen Lernens ist das Erlangen von Sozial- und Selbstkompetenz. Sozialkompetenz meint das Erlernen von Fähigkeiten, die für das Zusammenleben in einer Gemeinschaft nötig sind. Dazu gehört Kommunikations- und Kontaktfähigkeit ebenso wie die Fähigkeit, Konflikten kooperativ entgegenzutreten, und sich seinen Mitmenschen gegenüber tolerant zu verhalten. Dem gegenüber steht die Selbstkompetenz. D.h. sich selbst auch als Individuum wahrzunehmen, Verantwortung für sich und sein Handeln zu übernehmen, die Fähigkeit zur Selbstbestimmung aber auch zur Selbstkritik. Das Ziel des sozialen Lernens ist es dann, diese beiden Kompetenzen zu vereinen und in ein gesundes Gleichgewicht zu bringen.

Anhand dieses Definitionsversuches wird schon der Bezugsrahmen des sozialen Lernens deutlich. Das soziale Lernen bezieht sich vorrangig auf den Umgang mit Personen und auf das Handeln im sozialen Kontext. Dieser Lernprozeß vollzieht sich also im engeren Umfeld der Kinder, was konkret bedeutet, in der Familie, in der Schule und Klassengemeinschaft, im Freundeskreis oder in anderen außerschulischen Gruppen.

2.2 Ziele und Inhalte politischen Lernens

Das politische Lernen dagegen geht weit über diesen überschaubaren Nahraum, also über das engste Umfeld der Kinder, hinaus. Es bezieht sich eher auf die Gesamtgesellschaft beziehungsweise auf ein bestimmtes Gesamtsystem. Der Bezugsrahmen schließt also auch deren Institutionen, die Machträger und verschiedenen Interessengruppen ein, und ist somit weit ausgedehnter und komplexer. Dementsprechend weitreichender sind auch die Inhalte des politischen Lernens gegenüber den Inhalten des sozialen Lernens. Am bedeutsamsten dabei erscheint mir zunächst das Erlernen von Urteils- und Handlungsfähigkeit innerhalb dieses Gesamtsystems. Dazu gehört die Reflexion über Rechte und Pflichten, um diese schließlich ausüben zu können, sowie die Notwendigkeit, sich vorhandene Norm- und Wertvorstellungen bewußt zu machen und weiterzuentwickeln. Außerdem das Entwickeln eines Rechts- beziehungsweise Unrechtsbewußtseins und die Förderung eines gewissen Nützlichkeitsdenkens. Weitere Aspekte, die im weiteren Sinne ebenfalls zum politischen Lernen gehören, sind das historische Lernen (Gegenüberstellung von Vergangenheit und Gegenwart), das geographische Lernen (Behandlung des unmittelbaren Nahraums der Kinder und dessen Handlungsmöglichkeiten), das ökonomische Lernen (Ordnen bestimmter Vorstellungen über die gesellschaftliche Umwelt und Handlungsmöglichkeiten eröffnen) sowie das naturwissenschaftliche Lernen. Ziel all dieser Lerninhalte ist der mündige Bürger, d.h. ein Mitglied der Gesellschaft mit ausgeprägten Sozial-, Selbst- und Sachkompetenzen, welche die Teilnahme an der Gesamtgesellschaft erst ermöglichen, um schließlich dadurch das Weiterbestehen der Demokratie zu sichern.

2.3 Die Abhängigkeit der beiden Lernbereiche voneinander

Schon bei dem Versuch, die Bereiche soziales und politisches Lernen voneinander abzugrenzen oder zu unterscheiden, wird deutlich, daß sich deren Inhalte und Ziele teils überschneiden. So ist zum Beispiel die Fähigkeit zur Konfliktbewältigung und Kooperation Teil beider Lernbereiche, nur deren Bezugsrahmen unterscheidet sich. Um diese Fähigkeit im Kontext der Gesamtgesellschaft ausüben zu können, ist es unumgänglich, sie zunächst sozusagen im kleinen Kreis zu erproben. Das heißt also konkret, die Kinder lernen zunächst, zum Beispiel in der Klassengemeinschaft, daß sie sich mit anderen arrangieren und Kompromisse eingehen müssen, um Konflikte zu

lösen, und sollen so schließlich dazu befähigt werden, dies auf das weit komplexere und ausgedehntere System der Gesamtgesellschaft zu übertragen. Man kann also sagen, der Schritt vom sozialen zum politischen Lernen ist der Schritt vom `Kleinen` zum `Großen`. Beide Bereiche sind somit eng miteinander verbunden und gegenseitig voneinander abhängig, so daß sie nicht völlig getrennt voneinander betrachtet werden können.

Neben dieser lernbedingten Abhängigkeit gibt es außerdem auch eine direkte Abhängigkeit zwischen Politik und den Regelungen sozialer Beziehungen. Nämlich die, daß sich Politik immer auch nach der Ordnung des gesellschaftlichen Beziehungsgefüges richten muß, also nach den bestehenden Bedingungen im sozialen und gesellschaftlichen Raum. Und dies gilt genauso in umgekehrter Richtung. Denn nicht nur Politik richtet sich nach den sozialen Bedingungen, sondern andersherum wirken sich auch politische Entscheidungen auf die individuelle Lebensgestaltung aus und beeinflussen somit die Lebensbedingungen und Handlungsmöglichkeiten des Einzelnen im sozialem Umfeld.

Trotz einer gewissen Unterscheidung kann man also sagen, daß sich das soziale und das politische Lernen gegenseitig bedingen und stark voneinander abhängig sind. Das eine bedarf dem anderen, und eine strikte Trennung ist somit weder theoretisch noch in der Praxis möglich. Vielmehr sollte eine stetige und sinnvolle Verknüpfung der beiden Lernbereiche angestrebt werden.

3. Die Entwicklung der politischen Bildung

Ein Blick auf die Entwicklung der politischen Bildung der letzten Jahrzehnte macht die Veränderungen in diesem Lernbereich deutlich. Von Mitte der fünfziger Jahre ab bis heute hat die politische Erziehung sowohl inhaltlich, aber auch, und vor allem, bezüglich ihrer übergeordneten Lernziele, einen enormen Wandel durchlebt. Die Schwerpunkte des politischen Lernens haben sich verschoben und einzelne Aspekte haben im Laufe der Zeit an Bedeutung verloren beziehungsweise dazu gewonnen. Diesen Wandel möchte ich im folgenden kurz darstellen.

3.1 Politische Bildung als Staatsbürgerkunde

Bis Mitte der 50er Jahre zielte das Prinzip der politischen Bildung vorrangig darauf ab, den Schülern Rücksichtnahme, Toleranz und Hilfsbereitschaft zu vermitteln. So sollte ein gemeinschaftsbildendes und vor allem ein harmonisches Zusammenarbeiten und –leben bei den Kindern gefördert werden, welches der Charakter- und Sozialerziehung und damit auch der politischen Bildung dienen sollte. Die politische Bildung sollte somit also als *Unterrichtsprinzip* das Hineinwachsen in die demokratische Lebensordnung vorbereiten.

Den *Unterrichtsinhalten*, die mit diesem Verständnis über politische Bildung einher gingen, waren Themen wie „Unser Rathaus“, „Der Bürgermeister“ oder „Das Amtsgericht“ zugeordnet. Die Kinder sollten damit öffentliche Einrichtungen in ihrer

direkten Umgebung kennenlernen, jedoch nicht als übergeordnete, staatliche Organe, sondern eher als Institutionen, die für ein geordnetes Zusammenleben in einer Gemeinschaft sorgen. Die passende Form, um dies zu realisieren, waren Unterrichtsgänge, bei denen dieses Gemeinschaftsgefühl besonders hervorgehoben und verdeutlicht werden sollte.

Politische Bildung wurde also in dieser Zeit vorrangig als `Staatsbürgerkunde` oder auch als `Institutionskunde` betrachtet und war weitgehend gleichbedeutend mit einer Erziehung zur Kooperation und zur Konsensfähigkeit. Dies wurde besonders deutlich, da das harmonische Für- und Miteinander im Zentrum der politischen Erziehung stand und sie sehr von dem gemeinschaftsbildenden Aspekt geprägt war. Kritik und Auseinandersetzung wurden nicht thematisiert und gehörten in dieser Zeit nicht zur Idee der politischen Bildung.

3.2 Politische Bildung als Gesellschaftslehre

Gegen Ende der 50er Jahre trat, angetrieben durch die didaktische Wende, an die Stelle der heimatkundlichen Gemeinschaftserziehung die Gesellschaftslehre. Gegenstand der politischen Bildung sollte nun mehr und mehr die Gesamtgesellschaft werden. Das friedliche Für- und Miteinander stand nicht weiterhin im Zentrum; vielmehr sollten die kontroversen Strukturen der Gesellschaft, mit allen konkurrierenden Macht- und Interessengruppen, aufgezeigt werden. Folglich trat die Veränderung ein, daß der Konflikt zum Gegenstand des Unterrichts gemacht wurde, und somit auch das Befassen mit zum Beispiel Vorurteilen oder dem Sinn und Unsinn bestimmter Regelungen im Unterricht thematisiert wurde.

Man kann sagen, an die Stelle der Erziehung zur Kooperation trat die Erziehung zum Konfliktbewußtsein und schließlich die Erziehung zur Gesellschaftskritik.

Neben der Auseinandersetzung mit Konflikten gewann auch das Erlernen anderer Fähigkeiten immer mehr an Bedeutung. Dazu gehörten unter anderem die Fähigkeit, seine eigene Meinung zu vertreten, sich in die Lage anderer zu versetzen, Konflikte zu analysieren und durch Kompromisse zu lösen, erkennen, daß Zusammenarbeit Absprache erfordert; um nur die wichtigsten zu nennen.

Dies alles läßt sich unter dem Begriff des `mündigen Bürgers` zusammenfassen. Die Befähigung zur Selbst- und Mitbestimmung ist allen anderen Lernzielen übergeordnet und bildet die Grundlage für das erfolgreiche Bestehen in einer demokratischen Gesellschaft.

3.3 Gegenwärtige Tendenz der politischen Bildung

Bis Mitte der 50er Jahre wurde politische Bildung weitgehend als Heimatkunde betrieben, schließlich gewann der gesamtgesellschaftliche Aspekt zunehmend an Bedeutung. Die gegenwärtige Tendenz beinhaltet Aspekte dieser beider Richtungen.

Im Laufe der Zeit erfuhr die politische Bildung eine zunehmende Abwendung vom gesamtgesellschaftlichen Blickwinkel. Vielmehr sollen bestimmte Probleme oder

Gegebenheiten aus dem direkten Erfahrungsraum der Schüler die Themen zur politischen Bildung liefern. Politisch relevante Sachverhalte aus dem Nahraum der Kinder, wie zum Beispiel ausländische Familien in der Nachbarschaft oder ortsansässige Industriebetriebe, geben dem politischen Lernprozeß eine anschauliche Grundlage, was vor allem in der Grundschule von entscheidender Bedeutung ist. Diese Tendenz resultiert aus den neueren Lehrplanrichtlinien, in welchen das Prinzip der Kindorientierung eine vorrangige Rolle spielt. Demnach soll die politische Bildung an die Lebenswelt der Kinder anknüpfen und sich zunächst auf den überschaubaren Nahraum konzentrieren. Dies heißt aber nicht, daß sich der politische Lernprozeß völlig auf diese Grenzen beschränkt; diese Eingrenzung soll vielmehr den Ausgangspunkt für das Erlernen größerer Zusammenhänge liefern. Die lokale Konkretisierung soll also zunächst bestimmte Sachverhalte veranschaulichen – der große Vorteil dabei ist, daß Vorschläge zur Veränderung direkt vor Ort erprobt werden können und deren Auswirkungen unmittelbar sichtbar werden – um schließlich die globale Dimension aufzuzeigen. Die Schüler sollen dadurch lernen, die Erfahrungen, die sie in ihrer unmittelbaren Umgebung machen, und die politischen Sachverhalte und Probleme, die sie dort kennenlernen, schließlich auf die Gesamtgesellschaft zu übertragen.

4. Die Notwendigkeit der politischen Bildung

Politische Bildung in der Schule ist notwendig. Das ist eine Aussage, die wohl niemand bestreiten würde. Doch wie sieht das in der Grundschule aus?

Im folgenden möchte ich einige Aspekte näher erläutern, die zeigen, daß auch schon in der Grundschule politisches Lernen notwendig und vor allem möglich ist.

4.1 Sachwissen

Auch schon in der Grundschule ist es möglich ein gewisses politisches Sachwissen zu vermitteln. Dabei muß man natürlich bedenken, daß dies nur in einem eingeschränkten Maße erfolgen kann. Die sachlichen Inhalte müssen dafür zunächst altersbezogen, und vor allem den Aspekten der Lernentwicklung angepaßt sein. Bleibt die sachliche Wissensvermittlung in diesem Rahmen, ist es selbst für Erstkläßler möglich, einen gewissen Grundstock an politischem Sachwissen aufzunehmen und zu verinnerlichen. Ein Beispiel scheint mir besonders gut zu verdeutlichen, daß die Vermittlung von politischem Grundwissen problemlos auch schon in den ersten Schuljahren möglich ist: das Thema `Wahlen`. Selbstverständlich erfolgt dies nicht im Zusammenhang des komplexen Systems der Gesamtgesellschaft, sondern im Rahmen des näheren Umfelds der Kinder, also zum Beispiel im Rahmen der Klassengemeinschaft. Doch so ist es den Kindern möglich, das demokratische Prinzip der Wahl kennenzulernen. Bei der Verteilung bestimmter Klassendienste oder der Wahl zum Klassensprecher wird den Schülern die Idee, daß eine Gruppe einen Vertreter für alle bestimmt, aufgezeigt, was schließlich als übergeordnetes, demokratisches Prinzip auf die Gesamtgesellschaft

übertragen werden kann. Dies schließt sich an die Forderung nach der Kindorientierung an, welche ich bezüglich der gegenwärtigen Tendenz der politischen Bildung beschrieben habe. Demnach soll durch die Veranschaulichung im überschaubaren Lebensraum der Kinder die globale und ganzheitliche Dimension aufgezeigt werden. Und mir erscheint es notwendig und sinnvoll, damit im Rahmen des Möglichen so früh als möglich zu beginnen.

4.2 Sozialisationsaufgabe

Ein weiterer Punkt, der die Notwendigkeit der politischen Bildung begründet, ist die Sozialisationsaufgabe. Sie stellt eine der wichtigsten Erziehungsaufgaben der Schule gegenüber den Kindern dar. Den Schülern sollen und müssen vorhandene Norm- und Wertvorstellungen vermittelt werden, um das von der Gesellschaft gewünschte und erlaubte Handeln und Verhalten möglichst zu gewährleisten. Durch das Kennenlernen bestimmter Werte, wie zum Beispiel, die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung und sozialen Verpflichtungen, Toleranz oder die Fähigkeit, sich in die Lage anderer zu versetzen, erlernen die Kinder Mitgliedschaftsentwürfe für die Gesellschaft, um überhaupt in ihr gesellschaftlich handlungsfähig zu werden. Erst durch diese Fähigkeit, die den Kindern durch bestimmte Unterrichtsinhalte und –methoden aber auch durch das Lehrerverhalten vermittelt wird, kann eine Stabilisierung der Gesellschaft erreicht werden.

Das oberste Ziel der politischen Bildung, nämlich das Weiterbestehen der demokratischen Gesellschaft zu sichern, findet in dieser Stabilisierung ihre Voraussetzung. Man kann also sagen, daß die Sozialisationsaufgabe der Schule die Basis für jeden weiteren politischen Lernprozeß bildet, und deren Notwendigkeit somit unumstritten ist.

4.3 Entwicklung politischer Einstellungen

Neben der Schule gibt es eine Menge anderer Sozialisationsfaktoren, die auch schon im Vorschulalter auf die Kinder einwirken. In den ersten Lebensjahren ist dabei wohl die Familie maßgebend, im weiteren spielen dann auch die Massenmedien eine entscheidende Rolle. Mehr und mehr werden immer jüngere Kinder zum Beispiel durch das Fernsehen oder mit zunehmender Tendenz durch den Umgang mit dem Internet in ihrer Wahrnehmung beeinflusst. Sie nehmen dadurch ständig und von klein auf an gesellschaftlichen und politischen Konflikten teil, wodurch bereits im frühen Kindesalter bestimmte politische Einstellungen und Verhaltensmuster vorgeformt und verfestigt werden.

Wenn ein Kind beispielsweise vom Elternhaus aus ständig mit Vorurteilen gegenüber ausländischen Mitmenschen konfrontiert wird, wird es diese Einstellung zwangsläufig übernehmen. Der zwingende politische Bildungsauftrag der Schule besteht also darin, diesen verfestigten Einstellungen und den daraus resultierenden Verhaltensmustern entgegenzuwirken. Es ist von größter Wichtigkeit, die Vorurteile frühest möglichst

durch Verstehen und Analysieren abzubauen, da sie sich ansonsten mehr und mehr einprägen.

Auch im entgegengesetzten Fall, wenn vorgeformte Haltungen eine positive Ausrichtung haben, ist das 'Eingreifen' notwendig; und zwar insofern, als die Einstellungen weiterhin stabilisiert und gefestigt werden.

4.4 Interkulturelle Erziehung

Eine weitere Gegebenheit, welche die Notwendigkeit der politischen Bildung schon in der Grundschule begründet, ist der zunehmende Kontakt der Kinder zu ausländischen Mitmenschen. In der Nachbarschaft, im Freundeskreis und in der Klasse begegnen sie einer Vielzahl verschiedener Kulturen, und stehen so unterschiedlichen Sprachen, Traditionen und Mentalitäten gegenüber. Nicht für jedes Kind ist es leicht und selbstverständlich diese zu verstehen und zu akzeptieren. Schnell kommt es daher zu Mißverständnissen und Vorurteilen.

Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, ist es von Nöten, die verschiedenen Länder kennenzulernen, und zu versuchen, den Kindern deren Kultur und Tradition verständlich zu machen und näher zu bringen. Welches Land und was für Gegebenheiten genau zum Thema des interkulturellen Lernens gemacht werden, hängt konkret von der jeweiligen Klassensituation ab.

Aufgabe der politischen Bildung und Erziehung, im Rahmen des interkulturellen Lernens, ist es also, gegenseitiges Verständnis zu fördern, und somit Vorurteilen von Anfang an vorzubeugen oder sie gegebenenfalls abzubauen.

Jedoch geht es nicht nur darum, ausländische Mitmenschen zu verstehen und zu akzeptieren. Vielmehr sollte den Kindern darüber hinaus bewußt gemacht werden, daß diese multikulturellen Einflüsse auch eine Chance darstellen, für sich selbst dazu zu lernen. Es ist wichtig, aufzuzeigen, daß erst diese Einflüsse zu ganz neuen Gedanken anregen können und somit Wege eröffnen, die das eigene Leben und Denken bereichern.

4.5 Technischer Fortschritt

Es ist unumstritten, daß der technische Fortschritt von Jahr zu Jahr voranschreitet. Am Beispiel 'Computer' wird diese Tatsache besonders deutlich. Heutzutage ist es keineswegs unüblich, daß bereits Grundschul Kinder mit dessen Umgang weitgehend vertraut sind, was so vor einem Jahrzehnt noch nicht der Fall war. Dies hat zum einen viele Vorteile, oft erleichtert es die Arbeit und kann darüber hinaus ganz neue Lernwege eröffnen. Auf der anderen Seite aber birgt es auch etliche Nachteile. Bei einseitiger Nutzung besteht zum Beispiel die Gefahr, daß die Kreativität darunter leidet. Um also eine sinnvolle Nutzung dieser neuen Medien zu gewährleisten, ist es

wichtig, die Vor- und Nachteile zunächst überhaupt zu erkennen und sie schließlich gegeneinander abzuwägen.

Aufgabe der Schule, im Sinne der politischen Bildung als naturwissenschaftliches Lernen, ist es deshalb, die Kinder dazu anzuleiten, dem technischen Fortschritt zugleich offen und kritisch gegenüber zu treten. Die Gegenüberstellung von Gegenwart und Vergangenheit mit Blick auf den technischen Fortschritt wäre eine Möglichkeit, sowohl die Bereicherung aber auch die Einschränkungen und Probleme, die damit einher gehen, darzustellen.

Ähnlich verhält es sich mit der gesteigerten Mobilität in unserer Gesellschaft, welche auch als direkte Folge des technischen Fortschritts gesehen werden kann. Einerseits ist es eine große Bereicherung, daß jeder diese hohe Mobilität nutzen kann. Andererseits aber verliert dadurch die Heimat oder das heimatliche Umfeld als persönlicher Lebensraum immer mehr an Wert. Auch hier ist es also wichtig, zum einen die Erlebnis- und Erfahrungsmöglichkeiten im nahen Umfeld kennen und schätzen zu lernen; zum anderen aber auch die Vorteile der eigenen Mobilität und die daraus resultierenden, neu gewonnenen Möglichkeiten.

Entscheidend ist also, den Kindern die jeweiligen Vor- und Nachteile zu veranschaulichen und sie möglichst dazu zu befähigen, diese selbst in ein ausgewogenes Gleichgewicht zu bringen.

5. Prinzipien der politischen Bildung

5.1 Kindorientierung

Als oberstes Prinzip, nicht nur der politischen Bildung, sondern allen schulischen Handelns, gilt die Kindorientierung. Dies bedeutet zunächst, daß möglichst Probleme und Konflikte aus der direkten Umgebung der Kinder die Themen zur politischen Bildung liefern. Der Unterricht soll also an Erfahrungen und Erlebnisse anknüpfen, um ein bestimmtes Unterrichtsthema einzuleiten, und es so für die Schüler zu veranschaulichen. Beispiele hierfür wären Konflikte in der Familie, das fehlende Freizeitangebot in der direkten Umgebung oder auch der Mangel an geeigneten Spielmöglichkeiten.

Das Anknüpfen an die unmittelbare Lebenswelt erleichtert es den Kindern, einen Bezug zwischen dem Thema und sich selbst herzustellen, und steigert folglich das Interesse und die Motivation. Geht der Unterricht noch dazu von situativen Anlässen aus, kann den Schülern die Aktualität und Wichtigkeit bestimmter Themen sehr gut verdeutlicht werden.

Es besteht aber auch eine gewisse Abhängigkeit zwischen den zu behandelnden Konflikten beziehungsweise Gegebenheiten und der jeweiligen Klassensituation. Der Lehrer oder die Lehrerin muß sich stets fragen, welche Konflikte vorhanden sind, und wo das größte Interesse liegt. Auch die Umgebung spielt eine entscheidende Rolle. Einige Möglichkeiten, geht es zum Beispiel um das Kennenlernen bestimmter Dienstleistungsbetriebe, bieten sich geradezu an. Andere dagegen wären mit einem

enormen Aufwand verbunden und würden in keinem Verhältnis mit dem Lernerfolg stehen.

„Die Kinder dort abholen, wo sie stehen.“ – das ist ein Leitsatz, der das Prinzip der Kindorientierung sehr gut beschreibt und alle in diesem Zusammenhang stehenden Forderungen kurz und prägnant zusammenfaßt.

5.2 Handlungsorientierung

Ein weiteres entscheidendes Prinzip, das sich gerade bei der politischen Bildung in den meisten Fällen als sehr effektiv zeigt, ist das Prinzip des handlungsorientierten Lernens.

Themen wie das Kennenlernen verschiedener Berufe und Institutionen oder das Erarbeiten unterschiedlicher Produktionsmöglichkeiten lassen sich durch den Besuch der jeweiligen Erkundungsorte sehr anschaulich und interessant gestalten.

Die Erkundung gibt den Schülern die Möglichkeit, den jeweiligen Gegenstand weitgehend selbständig zu untersuchen, und somit auch die Prioritäten ihrem eigenen Interesse nach zu setzen. Dies steigert die Motivation ungemein und damit im Endeffekt auch den Lernerfolg.

Außerdem stellen außerschulische Lernorte eine Verbindung zwischen dem abstrakten Lernen in der Schule und der konkreten Entsprechung vor Ort dar. Die Schüler lernen durch die Selbstorganisation ihrer Arbeit, die ungefilterten Informationen, die sie vor Ort erhalten, zu verarbeiten, und werden dadurch dazu veranlaßt, sich eine eigene Meinung zu bilden und diese auch anderen gegenüber zu vertreten.

Der Grad der Selbständigkeit beim Erarbeiten bestimmter politischer Sachverhalte hängt natürlich von der Klassenstufe ab. So braucht eine erste Klasse weit mehr Hilfestellungen durch den Lehrer als zum Beispiel Schüler der vierten Jahrgangsstufe. Doch grundsätzlich ist das selbständige, handlungsorientierte Arbeiten unter Berücksichtigung des Alters und der Lernentwicklung mit den entsprechenden Einschränkungen in jeder Stufe möglich.

6. Abschließender Gedanke

Die Frage, ob politische Bildung in der Grundschule überhaupt schon notwendig ist, stellt sich für mich nicht mehr. Denn gerade in der heutigen Zeit, wo Kinder durch eine immer größer werdende Anzahl sogenannter Sozialisationsfaktoren in ihrer Wahrnehmung beeinflußt werden, ist es zwingende Aufgabe der Schule, ihnen dafür eine Orientierungshilfe zur Verfügung zu stellen.

Interkulturelle Erziehung, fortschreitende Umweltzerstörung und das stetige Wachstum der Massenmedien sind nur eine Auswahl von Gesichtspunkten, die die politische Bildung mehr und mehr an Bedeutung gewinnen lassen. Denn nur durch die Fähigkeit, allen anderen Mitmenschen gleichzeitig tolerant und kritisch gegenüberzutreten, kann zum Beispiel dem stetig wachsendem Fremdenhaß begegnet werden. Wir als Lehrer beziehungsweise angehende Lehrer müssen den Kindern helfen, sich eine eigene

Meinung zu bilden und diese auch zu vertreten. Dies kann nur durch das Kennenlernen möglichst vielseitiger politischer und sozialer Sachverhalte und die *gleichzeitige* Förderung der Sozial- *und* Selbstkompetenz erreicht werden. Denn auch Grundschul Kinder sind in der Lage, politisch relevante Konflikte und Gegebenheiten im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu verstehen und für sich zu verarbeiten. Die Chance aber, sich überhaupt damit zu befassen und den Kontakt herzustellen, muß ihnen zunächst, unter anderem von der Schule, gegeben werden.

7. Literaturverzeichnis

1. Margarete Götz: Politische Bildung im Sachunterricht der Grundschule; in: Kind und Sache – Zur pädagogischen Grundlegung des Sachunterrichts, Walter Popp (Hrsg.), Juventa-Verlag, München 1994
2. Wolfgang W. Mickel: Handbuch zur politischen Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1999
3. Rainer Silkenbeumer (Hrsg.): Politischer Unterricht und soziales Lernen in der Grundschule, Diesterweg, Berlin 1979
4. Astrid Kaiser: Lexikon Sachunterricht, Schneiderverlag, Hohengehren 1997
5. Werner Wiater, Unterrichten und Lernen in der Grundschule, Auer-Verlag, Donauwörth 1997

